

Dokumentiert

Titelgeschichte der DFG-VK-Zeitschrift »Zivil-Courage« Nr. 2/2009; Autor: Stefan Philipp

Die Demonstration in Straßburg war ein Desaster für die Friedensbewegung und die Delegitimierung des Nato-Kriegsbündnisses. Grund genug, die Diskussion darüber, wie und mit wem in Zukunft demonstriert werden soll, intensiv zu führen - und klare Entscheidungen zu treffen: Keine - weil falsche - Solidarität mit Gewalttätern!

Nicht nur die Nato feierte Geburtstag. Zwei Wochen vor dem Nato-Gipfel in Straßburg, Kehl und Baden-Baden beging der Bund für Soziale Verteidigung, in dem auch die DFG-VK Mitglied ist, sein 20-jähriges Bestehen. Der Gründungsvorsitzende Theo Ebert hielt unter der Überschrift »Gewaltfrei und demokratisch« den Festvortrag, in dem er sich ausführlich mit Herkunft und Zukunft des BSV beschäftigte. Dabei kam der »Vater der sozialen Verteidigung in Deutschland« auch auf die bevorstehenden Anti-Nato-Proteste zu sprechen:

»Wenn man sich nach den pazifistischen Alternativkonzepten zur Nato umsieht, findet man wenig Konstruktives. In dem Aufruf, der zu Aktionen gegen das 60-jährige Jubiläum der Nato auffordert, ist man sich nur in den Negationen, nicht aber in den Positionen einig. Das ist auch kein Wunder, wenn man auf das Sammelsurium der Unterzeichner achtet. Bei einigen Organisationen gruselt es mir.«

Nach dem 4. April hat das Gruseln viele andere erfasst. Nach massiven Gewalttaten der beiden »schwarzen Blöcke« - auf Seite der Polizei und der Demonstranten; Opfer beider: friedliche Demo-Teilnehmer - stellt sich für die Friedensbewegung die Frage: Wie und mit wem will sie zukünftig demonstrieren?

Das intensive Nachdenken darüber hat bereits begonnen und es kursieren zahlreiche kluge und inhaltlich gute Papiere aus verschiedenen Spektren. Klar scheint danach zu sein: Es reicht nicht mehr aus, eine Verständigung über das Ziel einer gemeinsamen Aktion in einem Bündnis zu finden, mindestens genau so wichtig ist der Konsens darüber, wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Diese Diskussionspapiere sollen hier nicht referiert werden - jede und jeder kann sie nachlesen, z.B. unter www.zc-online.de/nato-auswertung. An dieser Stelle sollen einige Aspekte aus DFG-VK-spezifischer Sicht thematisiert werden; orientiert also an der Gewaltfreiheit und am Programm der DFG-VK, das davon ausgeht, dass der »politische Pazifismus kein spezifisches politisches oder soziales System« propagiert, »aber als entscheidende Kriterien für die Fortentwicklung von Politik und Gesellschaft die Durchsetzung der Menschenrechte, die innergesellschaftliche Toleranz und den Schutz von Minderheiten sowie den Abbau struktureller

Gewalt« erkennt, wozu »eine maximale Beteiligung aller an politischen Entscheidungen und die umfassende Demokratisierung politischer Strukturen« gehören.

Wenn die Friedensbewegung (oder auch andere Bewegungen oder Gruppen) zu einer »Demo« aufruft, was will sie damit? Sie will auf etwas hinweisen, etwas zeigen, etwas darlegen, etwas beweisen - ganz im Sinne des lateinischen Verbs *demonstrare*, oder, wie es der Duden beschreibt, »seine Einstellung für oder gegen etwas in auffälliger Weise öffentlich zu erkennen geben«. Das scheint eine selbstverständliche Ausdrucksform zu sein, ein unzweifelhaftes Recht.

Dass es das nicht ist, zeigt der Blick in totalitäre Staaten. Die als Grundrechte garantierte und geschützte Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist auch eine Konsequenz aus der NS-Diktatur, was nicht geringgeschätzt und kampflös aufgegeben werden sollte. Egal, wie man zum Staat Bundesrepublik Deutschland steht - und es besteht wohl Einigkeit in der Friedensbewegung, dass sie bei allen Missständen und aller Kritik jedenfalls kein diktatorischer, totalitärer Staat ist -, wäre es fahrlässig und dumm, die staatlichen Vertreter aus ihrer Verpflichtung zu entlassen, sich an ihre eigene Geschäftsgrundlage zu halten. Diese ist im Wesentlichen, dass »Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung« an das Recht jedes Einzelnen auf freie Meinungsäußerung, das Recht »aller Deutschen, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln« sowie die anderen Grundrechte »als unmittelbar geltendes Recht gebunden« sind.

Freilich: »Für Versammlungen unter freiem Himmel« bestimmt Artikel 8 Absatz 2 des Grundgesetzes, dass das Versammlungsrecht »beschränkt« werden kann. Diese Beschränkungen dürfen aber ganz sicher nicht so weit gehen, dass vom Demonstrationsrecht nichts mehr übrig bliebe. Der Artikel von Monty Schädel auf Seite 12 dieses Hefts schildert die Auflagen, die für die Demonstrationen in Baden-Baden und Kehl verfügt wurden. Sie machen deutlich, dass damit die »freie Meinungsäußerung« unter »freiem Himmel« exzessiv be-, wenn nicht gar verhindert werden sollte. Nach dem Geist dieser Restriktionen sollte man wohl schweigend, im Schrittempo und nackt demonstrieren (was dann aber wohl wegen »Erregung öffentlichen Ärgernisses« wiederum verboten würde). Das Land Baden-Württemberg, nach dessen Versammlungsgesetz die Rahmenbedingungen der Demos geregelt wurden, probiert hier etwas, womit Bayern vor dem Bundesverfassungsgesetz bereits Schiffbruch erlitten hat. Dass eine Klage gegen die Auflagen erst in Monaten entschieden würde, ist natürlich Kalkül. Warum aber haben die Veranstalter nicht wenigstens versucht, einstweilige Anordnungen

gegen einzelne oder alle Auflagen zu erwirken?

Dass das Bundesverfassungsgericht dem Demonstrationsrecht einen hohen Stellenwert beimisst, ist seit der berühmten Brokdorf-Entscheidung von 1985 bekannt. Dort heißt es u.a.: »Das Recht des Bürgers, durch Ausübung der Versammlungsfreiheit aktiv am politischen Meinungsbildungsprozess und Willenbildungsprozess teilzunehmen, gehört zu den unentbehrlichen Funktionselementen eines demokratischen Gemeinwesens. Diese grundlegende Bedeutung des Freiheitsrechts ist vom Gesetzgeber beim Erlass grundrechtsbeschränkender Vorschriften sowie bei deren Auslegung und Anwendung durch Behörden und Gerichte zu beachten.« Und weiter: »Die staatlichen Behörden sind gehalten, nach dem Vorbild friedlich verlaufender Großdemonstrationen versammlungsfreundlich zu verfahren und nicht ohne zureichenden Grund hinter bewährten Erfahrungen zurückzubleiben. Je mehr die Veranstalter ihrerseits zu vertrauensbildenden Maßnahmen oder zu einer demonstrationsfreundlichen Kooperation bereit sind, desto höher rückt die Schwelle für behördliches Eingreifen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.«

Mit einer solchen Kooperation ist sicherlich ein höchst problematischer Bereich angesprochen, stellt sie doch die Frage, welche Position die Friedensbewegung zum bundesdeutschen Staat beziehen will.

Der DFG-VK-Bundesgeschäftsführer Monty Schädel hat eine umfangreiche Erfahrung in der Organisation von Demonstrationen und Protestaktionen. Bereits vor zwei Jahren war er bei allen Verhandlungen mit den Behörden wegen der globalisierungskritischen Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm beteiligt, ebenso wie nun in der Vorbereitung der Anti-Nato-Proteste.

In einer ersten Auswertung kam er Mitte April zu dieser Einschätzung: »Wer heute noch an eine Partnerschaft mit einer Behörde oder der Polizei glaubt, egal ob sie in Anzug und Hemd, der dunkelblauen oder schwarzen Kampfuniform mit Waffen, Schild und Helm oder aber mit bunten Westen als Konfliktmanager daherkommen, sollte sich aus gesellschaftlichen Auseinandersetzungen heraus halten.« Die Bereitschaft zu einer Kooperation – diese hatte das Bundesverfassungsgericht in seinem Brokdorf-Urteil von beiden Seiten verlangt – vermochte er nicht zu erkennen, sondern sieht ein System »gegen uns zur Durchsetzung der Regierungspolitik aus Krieg, Militarisierung der Gesellschaft, Abbau von Grund- und Freiheitsrechten, Minimierung sozialer Rechte und Kriminalisierung dagegen gerichteter Bewegung.« Dieses wirke unabhängig vom Willen einzelner Akteure der Gegenseite, von denen es einige geben mag, die zu einer Partnerschaft bereit wären.

Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag hat in seinen Überle-

gungen »Wie weiter nach Strasbourg?« formuliert, dass die Friedensbewegung »bekanntlich vor allem darauf« setzt, sich »in der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Nur so sind Veränderungen in den Köpfen der Menschen, in den gesellschaftlichen ‚Großgruppen‘ (z.B. Gewerkschaften, Kirchen) und schließlich auch im parlamentarischen Bereich zu erzielen.« Richtig, und deshalb: So wenig man sich als Gewaltfreier von so genannten Militanten vorzuwerfen lassen braucht, man sei naiv (weil man weiß, dass die gewaltbefürwortende und -ausübende Militanz genau das hervorruft, ausübt und bewirkt, was sie bekämpfen will), sollte man in ein Schwarz-weiß-denken verfallen.

Niemand kann Monty Schädel seine Erfahrungen absprechen. Aber in seinem eigenen Auswertungspapier wirbt er im Blick auf die notwendige Aufarbeitung dafür, »dass nicht alle subjektiven Eindrücke generalisiert werden können.« In der Tendenz hat er sicherlich Recht, aber wo waren im Vorfeld oder auch kontinuierlich die Kontakte zu den DGB-Kollegen der Gewerkschaft der Polizei? Sicherlich kein einfacher Kontakt, zumal dann, wenn man vom GdP-Vorsitzenden Freiberg in seiner Presseerklärung vom 4. April lesen muss, dass er den »Polizeieinsatz auf deutscher Seite des Nato-Gipfels« als »vorbildlich« beschreibt. Dennoch ein zwar schwieriger, aber unerlässlicher Kontakt.

Oder wo war im Vorfeld das Gespräch mit der FDP, die in Baden-Württemberg an der Regierung beteiligt ist? Sicherlich auch schwierig und mühsam, aber es gibt in dieser neoliberalen FDP auch einen bürgerrechtlichen Flügel. Trägt z.B. der uneingeschränkt beide Maximen mit, wie sie der höchste Verantwortliche für den Polizeieinsatz, der Leitende Kriminaldirektor und Leiter der Landespolizeidirektion Freiburg, Bernhard Rotzinger, vorgegeben hat: »Die Sicherheit der Staatsgäste und aller Delegationsteilnehmer muss jederzeit gewährleistet sein. Der störungsfreie Verlauf aller Veranstaltungen einschließlich der Rahmenprogramme hat oberste polizeiliche Priorität.« Der erste Satz scheint mindestens nachvollziehbar, der zweite ist aus grundrechtlicher Sicht schlicht falsch: Auch Staatsgäste und ihr Gefolge haben es in einer Demokratie auszuhalten, sich durch friedlichen Protest »gestört« zu fühlen. Das wird jeder grundrechtsliberale FDPler unterschreiben können.

Das Streben nach »Veränderungen in den Köpfen der Menschen« hin auf eine gewaltfreie Orientierung und mit menschenrechtlich orientierter Perspektive führt direkt zu der Frage nach den Bündnispartnern der DFG-VK.

Versteht man Gewaltfreiheit im Gandhi'schen Sinne als aktives Tun, für das bewusst auch Nachteile in Kauf genommen wird, das stets offen agiert und die volle Verantwortung dafür übernimmt, das das Leben, die Integrität und die Würde des Kontrahenten unter allen Umständen respektiert, dann wäre das ein sehr hoher Anspruch, der den Kreis

möglicher Bündnispartner massiv beschränken würde. (Und fraglich wäre im Übrigen, ob ein solches Verständnis überhaupt von allen DFG-VK-Mitgliedern geteilt würde.) Unstrittig in der DFG-VK dürfte aber sein, dass Aktionen so angelegt und durchgeführt werden müssen, dass sie friedlich, gewaltlos und die Verletzung anderer Menschen ausschließend sind. Die Übertretung von Gesetzen wäre damit grundsätzlich nicht ausgeschlossen, die Ausübung zivilen Ungehorsams wäre vielmehr Bestandteil dieses Verständnisses. Gleichzeitig wäre aber auch die Trennlinie eindeutig fixiert: Der kategorische Ausschluss menschenverletzender Gewalt. Dafür braucht sich eine Organisation wie die DFG-VK nicht zu rechtfertigen, dafür muss sich kein DFG-VK-Mitglied entschuldigen. Dem Vorwurf der »Spaltung« (der Friedensbewegung) würde man begegnen mit: »Ja! Genau diese wollen wir – an der Frage der menschenverletzenden Gewalt. Wer mit uns gemeinsam eine Aktion machen will, der muss sich dafür auf diese Bedingung einlassen. Wer an einer unserer Aktionen teilnehmen will, der muss diese Voraussetzung in seinem Handeln erfüllen. Keine Organisation und keine Einzelperson wird gezwungen, mit uns zusammenarbeiten, an unseren Aktionen teilzunehmen.« Für PazifistInnen heiligt der Zweck die Mittel nicht, im Gegenteil bilden ihre Methoden das angestrebte Ziel bereits ab.

Was hat den Erfolg der Ostermarsch-Bewegung der 1960-er Jahre ausgemacht, die ein Umdenken im »kalten Krieg« mit angestoßen hat, den Wahnsinn der atomaren Abschreckung für zunehmend mehr Menschen deutlich gemacht hat, die Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung zu einer Massenbewegung mit befördert hat? Ihre klare Absage an Gewalt.

Was hat den Erfolg der Friedensbewegung gegen die Aufstellung neuer atomarer Raketen in den 1980-er Jahren mit der Teilnahme Hundertausender an Demonstrationen und Tausender an Blockade-Aktionen und der Zustimmung von Millionen zu ihren Forderungen bewirkt? Ihre friedliche Orientierung, ihre gewaltlosen Aktionsformen.

Es ist ein Märchen zu glauben, man könnte die Meinungsführerschaft als Friedensbewegung in der Bevölkerung gewinnen, wenn man gewaltförmige Methoden nicht klar ausschließen, Zweifel an der friedlichen Orientierung zulassen würde.

Was aber ist mit den Agents Provocateurs, von denen man weiß, dass es sie gab und gibt, dass sie wohl auch in Straßburg »zum Einsatz« kamen? Denn natürlich konnten die Staats- und Regierungschefs der in Straßburg versammelten Nato-Mitglieder nichts dringender brauchen als die Bilder Steine werfender Demonstranten, vermummter Gewalttäter, brennender Gebäude. Nichts hätte die Legitimation ihrer Kriegspolitik stärker in Frage gestellt und die faktische Besetzung einer ganzen Region und die Verhängung des Ausnahmezu-

stands über ihn stärker deutlich gemacht als Zehntausende, die friedlich und selbstbewusst ihr Gesicht zeigend ihre Ablehnung der Nato bekundet hätten und von einer ebenso großen paramilitärischen Polizeitruppe bedroht und angegriffen worden wären. Insofern kann man davon ausgehen, dass es in Straßburg staatliche gelenkte Provokateure gab, die gemeinsam mit nichtstaatlichen Gewalttätern die Tausende friedlicher DemonstrantInnen faktisch in Geiselhaf genommen und deren Anliegen desavouiert haben.

Was also tun mit den Agents Provocateurs? Wenn eine Aktion eindeutig als friedlich und gewaltlos angelegt und die Teilnahme daran mit dem Einverständnis dieser Bedingung verbunden wäre, dann würden die nichtstaatlichen Steinewerfer nicht kommen. Jeder, der zur Gewaltanwendung aufstachelt, der selbst welche ausübt, wäre ein staatlich entsandter Agent Provocateur – und könnte bedenkenlos seinen eigenen Leuten übergeben werden. Das wäre im Übrigen auch keine »Zusammenarbeit mit der Polizei«, wie sie von anarcho-pazifistischer Seite abgelehnt würde. Im Gegenteil würde die Zusammenarbeit doch genau darin bestehen, Agents Provocateurs den Schutz der eigenen Leute zu bieten und sie dort ihren Auftrag ausführen zu lassen.

Nun führt die Friedensbewegung bei ihren Demonstrationen keine Zugangskontrollen durch. Weder könnte sie das, noch sollte sie das tun. Die Veranstalter können sich aber darum kümmern, instruierte und vorbereitete Ordner zu stellen. Ordner braucht sie ohnehin, weil das regelmäßig eine behördliche Auflage ist. Dann würde es nicht wie bei der Demonstration in Kehl passieren, dass jede und jeder, die/der nicht ausdrücklich »Nein« gesagt hat, eine Ordnerbinde in die Hand gedrückt bekam, ohne dass sie/er die blasseste Ahnung gehabt hätte, wie sie/er sich in welchem Fall zu verhalten hätte oder wie sie/er z.B. Kontakt zur Demoleitung hätte herstellen können.

Was sich bei gewaltfreien Aktionen mit dem Bezugsgruppensystem als sehr positiv bewährt hat, könnte in modifizierter Form auch bei Demonstrationen praktiziert werden. Gerade eine Organisation wie die DFG-VK mit ihrer Mitgliederstruktur könnte dabei hilfreich sein. Bei der Demonstration in Kehl waren einige Dutzend DFG-VK-Mitglieder dabei. Diese in 3-er Gruppen und ausgestattet mit den Handynummern der anderen über die Demo verteilt...

Wahrscheinlich wäre es klug gewesen, solche und weitere Fragen schon nach den Gewalttaten aus der Demo heraus im Rostocker Stadthafen anlässlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm vor zwei Jahren gründlich zu diskutieren und klare Entscheidungen zu treffen. Vielleicht wäre es dann gar nicht zu den »gruseligen« Szenen in Straßburg gekommen? Spätestens aber jetzt sollte man das tun!

Peter Strutynski (Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag): Wie weiter nach Strasbourg? (veröffentlicht unter: www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/NATO/60/strutynski2.htm)

Die Proteste gegen den Nato-Jubiläumsgipfel in Baden-Baden und Strasbourg sind sowohl in der Bundesrepublik als auch in Europa von langer Hand vorbereitet worden. Es fanden zahlreiche Koordinierungstreffen und Konferenzen in Frankfurt, Stuttgart, Brüssel, Paris und Strasbourg statt, der umfangreiche E-Mail-Verkehr und die Telefonkonferenzen zur schnellen Verständigung über auftretende Streitpunkte können zahlenmäßig gar nicht mehr erfasst werden. All das überstieg die Möglichkeiten ehrenamtlicher »Friedensarbeiter/innen«, sodass sich noch mehr Last bei den wenigen »Hauptamtlichen« auftürmte, die zuletzt buchstäblich rund um die Uhr im Einsatz waren. Hinzu kommen die zahlreichen Veranstaltungen, welche die beteiligten Organisationen (über 600, die den internationalen Appell europaweit unterzeichnet haben) und viele lokale Initiativen zur Mobilisierung im Vorfeld des Gipfels durchgeführt haben. Gemessen an dem enormen Aufwand waren die Ergebnisse nicht zufrieden stellend. Unsere auf zwei Tage angesetzte und konzeptionell gut durchdachte Konferenz litt zumindest am zweiten Tag an einem dramatischen Teilnehmerschwund – obwohl durchaus noch prominente Rednerinnen und Redner angekündigt gewesen waren. Dennoch war die Abschlussdiskussion, die bereits die Vorgänge um die Großdemonstration mit reflektierte, außerordentlich wichtig. Die Demonstrationen in Baden-Baden litten an geringen Teilnehmerzahlen, die große Abschlussdemonstration in Strasbourg litt vor allem unter ihren gewaltsamen Begleitumständen. Wenn tausende und abertausende Demonstranten – vornehmlich aus Frankreich und Deutschland – zu einer großen gemeinsamen Friedensdemonstration anreisen, die dann von der Repression der Polizei und der eruptiven Gewalt des sog. »Schwarzen Blocks« buchstäblich erstickt wird, dann ist das nicht nur in höchstem Grade frustrierend für die Demonstranten, sondern bedarf auch einigen Nachdenkens über den unmittelbaren Anlass hinaus.

Die auffälligste Erscheinung bei größeren internationalen Protesten und Demonstrationen ist ihre zunehmende Gleichartigkeit. Ob es gegen einen G8-oder G20-Gipfel geht oder ob gegen die Nato demonstriert wird: Es sind zu einem gewissen Teil dieselben Akteure und es sind vor allem auch dieselben Parolen: Kaum eine Großdemo, bei der dem Kapitalismus nicht endgültig das Handwerk gelegt, zum Kampf gegen die weltbeherrschenden Transnationalen Konzerne und Banken aufgerufen und der globale Widerstand gegen die Regierungspolitik der führenden Staaten des Westens oder des

»reichen Nordens« organisiert wird. Es soll hier nicht abgestritten werden, dass all das – wenn es denn nur ein wenig differenzierter und präziser benannt würde – Grund genug wäre, täglich auf die Straße zu gehen, was doch allemal besser ist, als die Faust nur in der Tasche zu ballen. Die Frage ist aber, ob das Themeneinerlei der an sich verschiedenen Protestbewegungen – die ihre je eigenen politischen Ziele, Traditionen, Anhänger und »Sympathisanten« haben – dem jeweiligen Protestanliegen gerecht wird. Davon zu trennen ist die Frage, warum die Akteure, oder sagen wir besser: die das Erscheinungsbild prägenden Teile der Akteure bei den genannten Protestanlässen so uniform auftreten.

Die Konturen des heutigen Protestbildes haben sich nicht erst beim G20-Krisengipfel in London und auch nicht erst beim G8-Gipfel in Heiligendamm (2007) herausgebildet, sondern waren schon bei früheren Gipfeln erkennbar, wobei vor allem Genua (2001) sowie die jährlichen Treffen in Davos erwähnenswert sind. Die Parolen werden immer radikaler, der »schwarze Block« – spiegelbildlich zur Polizei – immer martialischer, die Protestdauer immer umfangreicher und die Organisation des Protestes immer gigantischer. Vor allem internationale Events sind selten an einem Tag zu absolvieren, sodass Camps eingerichtet werden müssen, um den TeilnehmerInnen günstige Übernachtungs- und Kommunikationsmöglichkeiten zu bieten. Die Camps sind einerseits vorzügliche Beispiele selbstorganisierter und selbstverwalteter Massenquartiere überwiegend junger Leute, andererseits können sie aber auch missbraucht und zweckentfremdet werden von Menschen, die ganz andere Ziele verfolgen als die Masse der Camp-Bewohner. Das Einschleusen ganzer Gruppen von »agents provocateurs« ist dann besonders leicht möglich, wenn die Camps eine bestimmte Größe übersteigen und die teilnehmenden Gruppen/Organisationen aus verschiedenen Regionen und Ländern kommen und sie den Organisatoren nicht bekannt sind. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie sich dieses Risiko zumindest vermindern ließe.

Bezüglich des Nato-Gipfels deuten zahlreiche Hinweise von Augenzeugen und meine eigene »teilnehmende« Beobachtung auf drei kritische Faktoren der eskalierenden Gewalt hin:

1. Nachdem Frankreichs Staatspräsident die Lösung ausgegeben hatte, er wolle während des Nato-Gipfels keinen Demonstranten in Strasbourg sehen, war die Linie der Polizeibehörden klar: Die Straßburger Innenstadt sollte weitläufig abgeriegelt und die Demonstration in einem menschenleeren Park- und Hafengelände am Stadtrand herumgeführt werden. Alle Versuche, dieses Diktat auf dem Verhandlungsweg mit den Behörden zu umgehen, waren vergeblich. Wer das verfassungsmäßige Recht auf freie Meinungsäußerung und Demonstration in ein Recht umbiegt, menschenleere Natur

und Hafenanlagen zu »agitieren«, schürt berechtigten Zorn bei den Demonstranten und provoziert Widerstand. Eine Form solchen Widerstands hat eine Gruppe von Demonstranten aus einem Camp in der Innenstadt mehrere Stunden erfolgreich praktiziert, indem sie die Kreuzung mit dem symbolhaften Namen Avenue de la Paix/Av. de Vosges besetzt hielt. Die sie umringende Polizei griff nicht ein. In einem anderen Fall jedoch, als mehrere Hundert Camp-Teilnehmer sich in den frühen Morgenstunden einen Weg in die Innenstadt bahnen wollten, wurde dieser Versuch von wiederholten massiven Polizei-Attacken unter Einsatz von Tränengas und Gummigeschossen konterkariert. Da staut sich Wut auf.

2. Während die Polizei im allgemeinen nicht lange fackelt, bevor sie gegen »gewaltbereite« Demonstranten vorgeht, hat sie zumindest auf der Europabrücke seelenruhig zugesehen, wie das längere Zeit nicht mehr benutzte und entsprechend marode Zollhaus von schwarz verummten Gestalten angesteckt wurde, bis die Rauchwolken weithin sichtbar zum Himmel stiegen. Somit war der – willkommene – Anlass gegeben, die Brücke nicht – wie vereinbart – für die Friedensdemonstration freizugeben. Das Abfackeln des Gebäudes lag also durchaus im Interesse der Polizei – so sehr, dass sie, wenn es nicht willfährige »Demonstranten« gegeben hätte, das auch selbst hätte besorgen können?

3. Nicht alles indessen lässt sich auf das Konto der Polizei schieben. Wenn jemand, ohne dazu von der Polizei oder irgendjemand anderem gezwungen zu sein, Häuser abfackelt – immerhin brannte ein mehrstöckiges Hotel fast vollständig aus und auch eine Apotheke wurde Opfer der Flammen –, Bushaltestellen zerstört und massenhaft Steine – und zwar keine kleinen – im Vorwärtsgen gegen Polizeiketten wirft, dann ist das weder Selbstverteidigung noch sind das symbolhafte Aktionen, sondern es ist reine Zerstörungswut, die zudem Leib und Leben der Friedensdemonstranten gefährdet. Von der Polizei eingekesselt zu werden, ist das eine. Aus dem Kessel heraus – in dem sich mehrere Tausend Demonstranten befanden – Angriffe auf die Polizei zu starten, ist sozial zutiefst verantwortungslos und es grenzt fast an ein Wunder, dass nicht noch mehr passiert ist. Blauäugig, wenn nicht verantwortungslos war auch der Appell von der Kundgebungsbühne herab, dass sich bei der Demonstration alle Teile der Protestierer, also auch der »Schwarze Block« vermischen sollten. Für Diana Johnstone ist es geradezu ein Grundprinzip friedlicher Demonstrationen, sich nicht mit denjenigen, die »objektiv« das Geschäft der anderen Seite besorgen, gemein zu machen: »Es darf keine Vermischung mit dem *Schwarzen Block* oder anderen Gruppen mehr geben, die genau die Schwierigkeiten machen, die von der Polizei gewünscht werden.«

In den sozialen Bewegungen spricht man nicht so gern über den »Schwarzen Block«. Einmal weil es ihn als »Block« tatsächlich nicht gibt, zum anderen weil die schwarze Kluft inklusive der Kapuzenpulvis keineswegs zum exklusiven äußeren Erkennungszeichen »gewaltbereiter Chaoten« (Behördenslang) gehört. Die Sprachlosigkeit der Bewegungen geht aber noch weiter: Es wird nicht gern gesehen, wenn Gewalttäter (egal aus welchem »Block«) auf Seiten der Demonstranten für ihr Tun verantwortlich gemacht oder gar grundsätzlich kritisiert werden. Man wolle sich ja nicht »auseinanderdividieren« oder gar »spalten« lassen. Stattdessen ist man eher geneigt, Verständnis zu zeigen oder Entschuldigungen derart vorzubringen, wonach die Gewalt von Seiten des »Schwarzen Blocks« ursächlich ausschließlich auf das brutale Vorgehen der Staatsgewalt zurückzuführen sei und somit als eine Art Selbstverteidigung legitimiert werden könne.

Ich muss gestehen, dass ich so viel Toleranz und Gutwilligkeit nicht aufbringe. Mir schien es jahrelanger Konsens in der Friedensbewegung zu sein, dass deren Demonstrationen und Aktionen nicht nur gegen Krieg und Gewalt und für Frieden einstanden, sondern dass sie selbst auch auf ausschließlich friedliche, gewaltlose Protestformen setzten. Dies aus zwei Gründen: Einmal weil Gewaltlosigkeit als generelles Prinzip im Umgang von Staaten untereinander zu gelten hat (entsprechend dem in Art. 2 Abs. 4 UN-Charta formulierten strikten Gewaltverbot) und demnach auch in den politischen Auseinandersetzungen anderer Ebenen praktiziert werden soll. Zum anderen weil die Protestbewegungen, die in der Regel aus einer Position politischer und medialer Defensive heraus agieren, ihre Botschaften anders als friedlich nicht kommunizieren können. Politische Radikalität ist keine Frage der Form, sondern eine Frage des Inhalts. Wolfgang Kraushaar hat vor kurzem in einer Bewegungsanalyse von der »Militanzfalle« gesprochen: »Je gewaltfreier ihre Protestaktionen verlaufen, desto geringer fällt das Echo in der medial bestimmten Öffentlichkeit aus. Und umgekehrt: Je gewaltsamer die Protestaktionen ausfallen, desto stärker ist ihre öffentliche Resonanz.« (Frankfurter Rundschau, 04.04.2009.) War nicht das Medien-echo auf die Gewalt in Strasbourg und die geringe Resonanz auf die gewaltlose Friedensdemo in Kehl der schlagende Beweis dafür?! Allerdings, so räumt Kraushaar ein, ist der »Preis für die Überwindung der Aufmerksamkeitsschwelle« sehr hoch. Denn erstens werde durch die mediale Skandalisierung der Gewaltereignisse von den politischen Inhalten des Protests abgelenkt, und zweitens zwingt der Einsatz von Gewalt die Bewegung selbst immer wieder in interne Spaltungsdiskussionen.

Beides ist in der Folge der Straßburger Ereignisse geschehen. Daher ist m.E. eine Rückbesinnung sowohl auf die sprichwörtliche Friedfertigkeit der

Friedensbewegung als auch auf die Besonderheit ihrer politischen Themen und Anliegen notwendig. Die Friedensbewegung muss sich auf ihr eigenes Profil besinnen. Dies kann Auswirkungen auf die Konzeption von Bündnispolitik haben. Ein »möglichst breites« Bündnis, das bei den Vorbereitungen zu den Nato-Protesten dem Koordinierungskreis vorschwebte, kann auch, so die bittere Realität, das Bewegungsspektrum verengen. Dann nämlich, wenn keine klare Grenze zu jenen »autonomen« Zirkeln gezogen wird, die für das Prinzip der Gewaltlosigkeit nur ein müdes Lächeln übrig haben bzw. ohnehin an verbindlichen Abmachungen kein wirkliches Interesse haben. Dann diktiert sie nämlich die das Geschehen bei den »gemeinsamen« Aktionen. Ein solcher Trennungsstrich ist notwendig unabhängig davon, welche subjektive Auffassung die gewaltbereiten Demonstranten selbst von ihren Aktionen haben. Diana Johnstone stellt die Frage nach den Motiven der »casseurs« und kommt zu folgender Antwort: »Sind die Gewalttäter des Schwarzen Blocks von der Polizei eingesetzte Provokateure? Weil ich dieser Frage nicht selbst nachgehen kann, lautet meine intuitive Antwort: subjektiv nein, objektiv ja. Sicher können nicht alle, die schwarze Kapuzen tragen, von der Polizei (beauftragt) sein. Die meisten von ihnen glauben sicher, gegen den Kapitalismus zu *kämpfen*, wie sie öffentlich verkünden. Aber objektiv liefern sie durch ihr Verhalten der Polizei die Rechtfertigung für die repressiven Maßnahmen, die sie so enthusiastisch bekämpfen.« – Diana Johnstone geht nicht im Einzelnen auf die spezifischen Bündnisbeziehungen und -strukturen der Nato-Gipfelgegner ein. Eine Schlussfolgerung aus ihren allgemeinen Überlegungen kann aber sein, dass es für die Friedensbewegung unter Umständen nützlicher ist, ihre eigene Strategie und Planung zu entwickeln, ohne den Versuch zu unternehmen, alle politische Kräfte und »Spektren« einzubeziehen, auch jene, die nach Auffassung von Kate Hudson vom britischen CND (Campaign for Nuclear Disarmament) »nicht Teil unserer Bewegung« sind (so in einem E-Mail an das Internationale Vorbereitungsgremium am 6. April 2009).

Die Breite eines Bündnisses sollten wir stets in Zusammenhang mit der Politik sehen, für die wir gemeinsam einstehen. Und natürlich auch, in welcher Form das gelingen kann. Dabei setzen wir bekanntlich vor allem darauf, uns in der Öffentlichkeit verständlich zu machen. Nur so sind Veränderungen in den Köpfen der Menschen, in den gesellschaftlichen »Großgruppen« (z.B. Gewerkschaften, Kirchen) und schließlich auch im parlamentarischen Bereich zu erzielen. Diese Position, für die wir gemeinsam stehen, kann dazu führen, dass nicht alle mitmachen wollen. Damit müssen und können wir leben.

Bei der bundesweiten Afghanistan-Demonstration im September 2007 haben einige Friedens-

gruppen sich darüber beklagt, dass zu viele rote Fahnen der Partei der Linken das Bild der Demo geprägt hätten. Die Konsequenz daraus konnte selbstverständlich nicht sein, rote Fahnen künftig zu verbieten (zumal man nach wie vor rote Fahnen einfach besser sieht), sondern den Anteil von blauen und regenbogenfarbenen Friedensfahnen und grünen oder orangen Fahnen anderer Parteiprovienz zu erhöhen. Und, das muss auch einmal gesagt werden: Es darf auch ohne Fahnen demonstriert werden. Dies setzt aber die Wiedergewinnung der Meinungsführerschaft der Friedensbewegung voraus. Die gibt es nicht pauschal, sondern immer nur themenbezogen. Hinsichtlich des Afghanistankriegs sind auch heute noch fast zwei Drittel (64%) der Bevölkerung der Meinung, dass die Bundeswehr abgezogen werden soll (ARD-Deutschland-Trend April 2009). Da hat die Friedensbewegung also eine Art Meinungsführerschaft – aber leider (noch) nicht die entsprechende »Gefolgschaft« beim Straßenprotest. Bezüglich der Nato haben wir mit einer anderen politischen Großwetterlage zu rechnen. Nach einer Umfrage von »Transatlantic Trends« 2008 ergab sich in Deutschland eine Zustimmungquote von 62 Prozent zur Nato (die Frage lautete, ob »die Nato noch immer eine wesentliche Bedeutung für die Sicherheit des eigenen Landes« habe). Diese Zustimmung war schon einmal – 2007 – mit 55 Prozent sogar wesentlich geringer gewesen; das Ansteigen 2008 war offenbar eine Reaktion auf die zunehmenden Spannungen zwischen Russland und Georgien im Sommer 2008. Der Augustkrieg, der vom Mainstream hier zu Lande als russische »Aggression« gegen Georgien kommuniziert wurde, könnte die Zustimmungsfrent zur Nato sogar noch weiter erhöht haben. [»Transatlantic Trends« ist ein Projekt des German Marshall Fund of the United States und der Compagnia di San Paolo.]

Gemessen an dem Ziel, die Nato in den Augen der Öffentlichkeit zu delegitimieren, steht die Friedensbewegung mit ihrer Nato-Kampagne noch in den Anfängen. Sich größeren Teilen der Bevölkerung zuzuwenden und sie auf unsere Seite zu ziehen, setzt eine Art »Alphabetisierung« in Sachen Nato voraus. Zu welchem Zweck war seiner Zeit die Nato gegründet worden. Was war das Ergebnis der 40-jährigen Konfrontation zweier bis an die Zähne bewaffneter Militärblöcke? Warum verschwand die Nato nicht mit dem Ende ihres Gegners, des Warschauer Pakts? Wozu ist die Nato heute noch da? An welchen Kriegen beteiligt sich die Nato? Wie teuer kommt die Nato den Bevölkerungen der Mitgliedstaaten zu stehen? Welche Rolle spielen Militärpakte in der Geschichte? Auf diese und viele weitere Fragen müssen profunde Antworten gegeben werden. Auch die Friedensforschung sollte hierzu von der »Bewegung« viel stärker gefordert werden.

Die Alphabetisierung der Bevölkerung in Sa-

chen Nato geht nicht von heute auf morgen, sondern wird der Friedensbewegung eine Menge geduldige Arbeit abverlangen. Der Nato-Gipfel war diesbezüglich erst ein Anfang – kein sehr glücklicher, aber eben doch ein Anfang. Um voranzukommen, wird sich die Friedensbewegung stärker auf ihre eigene Agenda und auf ihre Adressaten konzentrieren müssen. Und sie wird sich dabei vor allem auch um jüngere Menschen bemühen müssen. Denn das muss auch gesagt werden: Die befanden sich mehrheitlich nicht unter den »normalen« Friedensdemonstranten.

Ulrike Laubenthal und Hans-Peter Richter: Nach Straßburg – Gedanken zur spektralen-übergreifenden Zusammenarbeit

Wir haben schon einiges erlebt, aber das war neu: Zuerst verbieten die Behörden den Demonstrationenzug durch die Innenstadt und schicken die DemonstrantInnen in ein abgelegenes Hafenviertel, dann verhindern sie systematisch die Anreise von DemonstrantInnen zum Ort der genehmigten Demo, und schließlich beschließen sie diejenigen, die dort dennoch ankommen, mit Tränengas. Wer zu einer Blockade oder Feldbefreiung geht, bereitet sich vor und macht sich über Risiken Gedanken; zu Demos dagegen gehen viele von uns unvorbereitet und unorganisiert. Die meisten von uns sind es gewohnt, dass eine einfache Demonstration eine ungefährliche Art ist, der eigenen politischen Meinung Ausdruck zu geben. Das sollte auch so sein: Um das Demonstrationsrecht in Anspruch zu nehmen, sollte mensch weder besonders mutig noch besonders erfahren, weder durchtrainiert noch besonders stark sein müssen.

In Straßburg waren Tausende unterwegs, die einfach nur friedlich demonstrieren wollten und nicht darauf vorbereitet waren, sich die Möglichkeit dazu erst zu erkämpfen. Es waren ebenfalls Tausende unterwegs, die bereit waren, für ihr Recht zu kämpfen – auch mit Gewalt. Und die damit der Polizei die Bilder lieferten, die sie brauchte, um ihr Vorgehen zu rechtfertigen. Diese beiden Zutaten waren der perfekte Mix für eine Polizei, die das Ziel hatte, die Demo im Keim zu ersticken. Im Buch »Unarmed Bodyguards«¹⁾ haben Liam Mahoney und Luis Enrique Eguren 1997 ein Modell vorgestellt, wie sich der politische Raum von AktivistInnen und Regierungen bemisst. Wir beziehen uns hier auf dieses Modell und entwickeln es für die uns hier

interessierenden Fragen weiter. (Abb. 1)

Unter allen politischen Handlungsmöglichkeiten, die wir haben, gibt es sol-

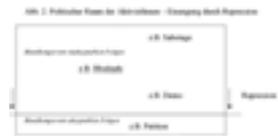
che, die mit für uns akzeptablen Kosten verbunden sind, und solche, die mit für uns inakzeptablen Kosten verbunden sind. Abb. 1 zeigt den Handlungsraum von AktivistInnen, die die möglichen Folgen einer Teilnahme an einer Blockade (Möglichkeit verletzt zu werden, juristische Folgen) als zu hoch empfinden, aber bei einer Teilnahme an einer Demo keine für sie unakzeptablen Folgen zu erwarten hätten.

Das kann sich ändern: Wenn die Polizei auch bei einer friedlichen Demo Tränengas und Schlagstöcke einsetzt, dann werden diese AktivistInnen nicht mehr zu Demos gehen: Ihr politischer Raum verkleinert sich (Abb. 2).

Aber auch die Polizei bzw. die hinter ihr stehende Regierung hat einen politischen Raum, in dem sie sich bewegt. Auch sie muss abwägen, welche Handlungen ihrerseits welche (materiellen und politischen) Folgen haben. In der Situation in Straßburg war der politische Druck hoch; der politische Preis für eine gelungene Blockade des Nato-Gipfels oder auch nur für eine deutliche Beeinträchtigung des Gipfel-Geschehens durch die Demonstrationen wäre enorm hoch gewesen. Mehr noch: Eine schlimmere Bedrohung als die Blockaden mag die Aussicht gewesen sein, es könnte eine große, friedliche, sichtbar von einem breiten gesellschaftlichen Spektrum aus ganz Europa getragene Demonstration gegen die Nato geben. Dementsprechend war die Regierung bereit, für die Durchsetzung ihrer Ziele auch Dinge zu tun, die bei anderen Gelegenheiten vermieden werden, weil sie ihrerseits einen zu hohen politischen Preis haben. (Abb. 3)

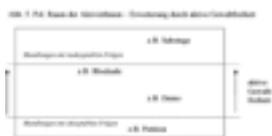
Und deshalb brauchte die Regierung dringend Gewalt von Seiten der DemonstrantInnen. Nehmen wir mal an, es hätte an diesem Tag keinerlei Gewalt von Seiten der DemonstrantInnen gegeben. Keine Rauchsäulen über Hotels, keine zerstörten Bushäuschen, keine erbosten AnwohnerInnen, nicht mal Vermummte. Nehmen wir an, die Polizei hätte ihr Tränengas und ihre Blendgranaten von Anfang bis Ende ausschließlich gegen Leute eingesetzt, die in keinerlei Weise auf diese Eskalation eingestiegen wären. Der politische Preis wäre vermutlich inakzeptabel hoch gewesen. Wir werden nie herausfinden, welche der Gewalttaten von agents provocateurs und welche von »echten« DemonstrantInnen begangen wurden. Sicher ist: Sie haben alle der Gegenseite gedient. (Abb. 4)

Das heißt andererseits: Wir können als AktivistInnen unseren eigenen Handlungsspielraum erweitern, wenn wir uns auf eine Strategie der aktiven Gewaltfreiheit festlegen.



1) Deutscher Titel: Gewaltfrei stören – Gewalt verhindern. Die Peace Brigades International. Mahony/ Eguren, Rotpunktverlag, Zürich 2002, ISBN 3-85869-241-7

Wenn von vornherein klar ist, dass wir unsererseits unter keinen Umständen Gewalt anwenden werden, dann weiß die Gegenseite, dass sie einen hohen Preis zahlen muss, wenn sie uns mit Gewalt angreift. (Abb. 5)



Gewaltfreies Handeln ist keine Garantie dafür,

dass die Gegenseite ebenfalls keine Gewalt anwendet. Aber gewaltfreies Handeln setzt auf jeden Fall die (persönliche und politische) Hemmschwelle für Gewalt herauf und erhöht enorm den politischen Preis dafür.

Nochmal kurz zurück zu Abb. 2: Eine Folge der Repression ist auch, dass sich mehr und mehr Menschen radikalieren und einen immer höheren Preis für ihre Rechte zu zahlen bereit sind. Sie gehen trotz Repression zur Demo, rechnen damit, dort verletzt oder festgenommen zu werden, und bereiten sich entsprechend vor. Wenn mit dieser Radikalisierung eine zunehmende Bereitschaft zur Gegengewalt einhergeht, dann ist das wiederum sowohl Motiv als auch Rechtfertigung für weitere Repression. Wir haben dann den Effekt, dass eine immer kleiner werdende Gruppe immer radikaler wird, während immer mehr Menschen sich ganz zurückziehen – weil sie Angst vor den Folgen haben und/oder weil sie keinen Anteil an militantem²⁾ Widerstand haben wollen (Abb. 6).



Anders bei den Blockaden in Straßburg: Auch hier waren Leute unterwegs, die ein gewisses Risiko einzugehen bereit waren und sich darauf gut vorbereitet hatten. Es gab zu verschiedenen vorhersehbaren Szenarien klare Absprachen, die auch eingehalten wurden. Leute aus verschiedenen Spektren waren sich einig: Sie würden der Polizei keinen Vorwand für eine weitere Eskalation bieten. Die Polizei setzte gegen diese friedliche Aktion Tränengas ein, konnte sie aber dennoch nicht verhindern. Wer wird da keine Lust bekommen, das nächste Mal auch lieber zur Blockade zu gehen als zur legalen Demo? Ein Glück für die Polizei, dass es ausreichend Bilder von gewalttätigen DemonstrantInnen gab – sonst wäre sie womöglich in Erklärungsnot geraten, warum sie friedliche Leute angreift. In einer E-Mail, die am 14.4.09 über den Newsletter von Gipfelsoli.org verbreitet wurde, ruft ein »Stop-Policing-in-the-Movement-Committee« dazu auf, auf keinen Fall Zeugenaussagen zu den Ereignissen in Straßburg an das Internationale

2) »Militant« bedeutet eigentlich »kämpferisch« und ist damit ein Begriff, der auch auf gewaltfreien Widerstand zutrifft. Im französischen Sprachgebrauch wird »militant« im Sinne von »politisch aktiv« gebraucht. Im deutschen Sprachgebrauch wird der Begriff nach meinem Eindruck als Synonym für »gewaltsam« gebraucht, insbesondere von linken Gruppen, die selber Gewalt als Mittel in der Auseinandersetzung unter bestimmten Umständen als gerechtfertigt sehen, sich aber nicht mit dem negativ besetzten Begriff »Gewalt« identifizieren möchten. Wir benutzen den Begriff hier in diesem Sinne, aus Respekt vor dem eigenen Sprachgebrauch dieser Gruppen.

Koordinierungskomitee (ICC) zu schicken, weil dies dazu führen könnte, dass Leute aus der Anti-Nato-Bewegung an die Justiz ausgeliefert werden. Stattdessen wird gefordert, eine Debatte darum zu führen, wie militante Aktionen als offensiver Bestandteil des Anti-Nato-Widerstands integriert werden können und was Kriterien und Grenzen für militante Aktionen sind.

Es fällt uns nicht schwer, uns vorzustellen, was für Kriterien bei einem solchen Diskussionsprozess herauskommen würden: Wir wenden nur Gewalt an, wenn die andere Seite angefangen hat; Gewalt muss verhältnismäßig sein; es sollen keine Unschuldigen getroffen werden. Kurz: Die üblichen Kriterien dieser Gesellschaft für Gewalt. Das sind die Rechtfertigungen für Gefängnisse, für Gewalt in der Kindererziehung; das sind die Kriterien, mit denen seit Jahrtausenden Kriege geführt werden. Gewalt ist eine soziale Verhaltensweise, die subjektiv aus der Sicht des Täters in aller Regel sinnvoll und gerechtfertigt erscheint.

Objektiv gesehen ist sie aber unserer Meinung nach immer schädlich. Sie mag einen kurzfristigen Erfolg bringen, ein Vordringen ermöglichen, ein Gefühl des Triumphs geben – langfristig schadet sie der Bewegung. Deshalb ist unsere Antwort auf die Frage nach Kriterien für militante Aktionen relativ einfach: Wenn »Militanz« bedeutet, dass man Menschen angreift, direkt oder indem man ihr Eigentum zerstört, dann halten wir alle militanten Aktionen für falsch. Gewalt schadet uns, egal von wem sie ausgeht.

Wir sehen schon die ausgestreckten Zeigefinger vor uns: »Das ist dogmatisch!« Ein Dogma ist ein Glaubenssatz, der nicht mehr hinterfragt werden darf. Wir lassen uns gerne hinterfragen. Unsere Überzeugung, dass aktive Gewaltfreiheit der beste Weg zu politischer Veränderung ist, ist aus Erfahrung und Nachdenken gewachsen, nicht aus religiöser Überlieferung. Wir haben hier die strategischen und taktischen Gründe dargelegt, warum Gewaltfreiheit für eine soziale Bewegung sinnvoller ist als Gewalt. Darüber hinaus haben wir ethische Gründe, uns grundsätzlich gegen Gewalt zu entscheiden. Darüber diskutieren wir gerne. Unsere Erfahrung damit in den letzten Jahren war, dass Leute diese Diskussion oft gar nicht führen wollen, weil sie die »Gewaltfrage« für ein von oben aufgezwungenes, spalterisches Kriterium halten. Uns ist diese Frage nicht von irgendjemandem aufgezwungen; sie ist uns ein Herzensanliegen.

Und Spaltung? Es ist ein wichtiger Grundsatz gewaltfreien Handelns, zwischen Menschen und ihrem Verhalten zu unterscheiden. Es gibt keine gewaltfreien oder gewalttätigen Menschen, es gibt nur gewaltfreies oder gewalttätiges oder gar kein Handeln. Wir möchten nicht darüber reden, welche Leute die Guten sind und welche die Bösen, sondern wie wir es am besten anstellen, dass wir zusammen die Nato abschaffen.

Wir könnten zusammen eine Menge erreichen. Aber je erfolgreicher wir werden, umso stärker wird auch der politische Druck, der auf unseren Gegenübern liegt, um so mehr werden sie bereit sein, gegen uns aufzufahren. Das wird kein Spaziergang.

Schlussfolgerungen: Wenn wir eine andere Welt wollen, dann werden wir darum kämpfen müssen. Mit einfachen Demonstrationen, die ungestört stattfinden können, wird es nicht getan sein. Straßburg könnte ein Vorgeschmack gewesen sein auf das, was uns erwartet, wenn wir es schaffen, uns erfolgreich zu organisieren.

Aktive Gewaltfreiheit ist ein wichtiger Schlüssel zur Veränderung. Das Wort »Gewaltfreiheit« ist eine unzureichende Übersetzung des von Gandhi geschöpften Sanskrit-Wortes »Satyagraha«: Es bedeutet mehr als den Verzicht auf Gewalt. Gewaltfreies Handeln bedeutet, einerseits deutlich einzustehen für unsere Forderungen, am Ort des Geschehens zu sein, uns zu zeigen, ggf. auch Nachteile in Kauf zu nehmen; andererseits ganz klar die Menschenrechte unserer GegnerInnen zu achten, Vertrauen aufzubauen, in unserer Utopie einen Platz für unsere GegnerInnen mit zu denken und sie dies wissen zu lassen.³⁾

Aktive Gewaltfreiheit kann nicht funktionieren, wenn sie mit gewaltsamen Formen des Widerstands zusammen angewandt wird oder wenn diese auch nur angedroht werden. Das Militär sucht die Zusammenarbeit mit zivilen Projekten, um sich tiefer in der Gesellschaft zu verankern; DemonstrantInnen, die militante Aktionen durchführen, suchen die Zusammenarbeit mit AktivistInnen, die gewaltfrei agieren, weil ihnen das Schutz und eine breitere gesellschaftliche Verankerung gibt. In beiden Fällen profitieren diejenigen, die mit Gewalt agieren. In beiden Fällen wird es unmöglich, glaubwürdig aktive Gewaltfreiheit zu praktizieren.

In Heiligendamm und in Straßburg, auch 2007 bei uns in der Kyritz-Ruppiner Heide gab es gute Erfahrungen mit spektrenübergreifenden Aktionen, bei denen vorab ausführlich miteinander geredet wurde und bei denen klar vereinbart wurde, dass sich die AktivistInnen auf keinerlei Eskalation einlassen. Unter solchen Voraussetzungen kann es gut funktionieren, dass Menschen, die sich aus prinzipiellen Gründen für Gewaltfreiheit entschieden haben, mit Menschen zusammen Aktionen machen, die sich lediglich für diese eine Aktion aus eher taktischen Gründen auf ein Handeln ohne Gewalt festgelegt haben.

Wir sind skeptisch, ob eine Großdemo eine Situation ist, für die man solche Absprachen mit allen Beteiligten treffen kann. In Rostock gab es Absprachen, die gut klangen. Aber ein Teil der DemoteilnehmerInnen fühlte sich daran nicht gebunden,

ein anderer Teil fand es selbstverständlich, dass die Absprachen nicht mehr gelten, wenn die Demo angegriffen wird. In Straßburg gab es durchaus Planungen, wie damit umgegangen werden sollte, dass die Polizei den Weg in die Innenstadt versperren würde. Aber damit, dass die Polizei schon den Weg zur Auftaktkundgebung sperren würde, hatte wohl niemand gerechnet. Das Polizeiverhalten war hier dermaßen unglaublich, dass die vorher überlegten Szenarios nicht mehr passten.

So etwas kann uns noch öfter passieren, wenn sich die sozialen Konflikte weiter zuspitzen und der Krieg nach innen mit immer härteren Mitteln geführt wird. In solchen Situationen möchten wir weder Kollateralschäden zwischen Polizei und Militanten, noch Schutzschild für Letztere sein, und wir möchten uns eigentlich auch in einer solchen Situation nicht mit dem Versuch beschäftigen, unsere MitdemonstrantInnen vom Steine schmeißen und Brandstiften abzuhalten.

Vielleicht sollten wir die spektrenübergreifende Kooperation auf gut vorbereitete Aktionen zivilen Ungehorsams begrenzen – und bei Demonstrationen sagen: Dies hier ist die gewaltfreie Demo, Gewalt wird hier nicht toleriert, alle, denen das zu eng ist, bleiben weg. Und das dort (anderer Zeitpunkt, anderer Ort) ist die Demo, wo alle Aktionsformen okay sind – diejenigen, die sich damit nicht wohl fühlen, bleiben weg.

Wir hören schon die Einwände: Dann kann die Polizei sich ja bei der militanten Demo alles erlauben, das sind dann »die Bösen«. In der Tat, so ist es. Wer Gewalt anwendet, bietet Rechtfertigung für Gewalt. Deshalb haben wir uns für Gewaltfreiheit entschieden.

Streitgespräch in der Tageszeitung junge Welt am 16. Mai zwischen Reiner Braun, Sprecher der »Kooperation für den Frieden«, die die Proteste gegen den Nato-Gipfel am 3./4. April maßgeblich mitorganisiert hat, und Birgit Westermann, Mitglied der »Berliner Anti-NATO-Gruppe« (B.A.N.G.). Interview: Rüdiger Göbel und Frank Brunner

junge welt: *Die Proteste gegen das G-20-Treffen der größten Industriestaaten Ende März in London und gegen den Jubiläumsgipfel der NATO Anfang April in Strasbourg liegen einige Wochen zurück. In London gingen nach Medienberichten weniger Menschen als erwartet auf die Straße; von Strasbourg blieben die Bilder von brennenden Häusern. Waren die als große Ereignisse von außerparlamentarischen Gruppen und Friedensbewegung angekündigten Aktionen ein Misserfolg?*

Reiner Braun: Das waren sie nicht, auch wenn Teile der Medien diesen Eindruck vermitteln wollten. Die haben sich in ihrer Berichterstattung zu London auf eine Aktion konzentriert und andere Proteste, an denen sich innerhalb von fünf Tagen

3) Siehe hierzu: Bläsi, Konflikttransformation durch Gütekraft, Interpersonale Veränderungsprozesse, LIT 2001, ISBN 978-3-8258-5731-8

mehrere zehntausend Menschen beteiligt hatten, völlig ausgeblendet. Nach Strasbourg sind insgesamt 30.000 Kriegsgegner gefahren. Wenn man bedenkt, dass aufgrund der polizeilichen Repression viele Menschen gar nicht anreisen durften, dann ist das eine ziemlich große Anzahl. Es gab ein Protestcamp mit fünf- bis siebentausend Teilnehmern, einen sehr interessanten Kongress zur Kriegspolitik der Nato und auch gewaltfreie Blockaden.

Und es gab eine Demonstration, die in Randalen endete.

Braun: Ja, die gab es. Aber ich möchte hier zu Beginn des sicher kontroversen Gesprächs betonen, dass die französischen Behörden diese Demonstration von Beginn an verhindern wollten – übrigens entgegen aller Absprachen. Dieses ist aus meiner Sicht in Abstimmung mit Teilen der deutschen Polizei geschehen. Die Brutalität ging von der Staatsmacht aus, die in völlig inakzeptabler Art und Weise die Demoteilnehmer mit Wasserwerfern, Schlägertrupps und Gasgranaten einschüchtern wollte. Dazu kamen die Schikanen im Vorfeld.

Westermann: Das sehen wir ähnlich. Es ist sehr schwer, gegen diese militärische Strategie vorzugehen.

Dennoch gab es Differenzen innerhalb des Anti-Nato-Bündnisses. Vertreter der Friedensbewegung kritisierten das Auftreten autonomer Gruppierungen. Worum ging es dabei?

Braun: Das Problem war, daß es klare Absprachen über die Aktionsformen während der Demonstration am Samstag, den 4. April, gegeben hat. So hatten wir vereinbart, daß es eine gewaltfreie große Demonstration werden soll, an der sich auch Vater und Mutter mit Kind und ältere Menschen beteiligen können. Daran hat sich ein kleiner Teil nicht gehalten und hat jene, die friedlich demonstrieren wollten, in Geiselhaft genommen. Wenn – wie geschehen – eine Tankstelle geplündert wird, dann hat das nichts mit Politik zu tun, sondern nur mit Vandalismus.

Auf Flugblättern autonomer Gruppen wurde die Aktion an der Tankstelle dagegen als »revolutionäre Enteignung« bezeichnet. Teilt die B.A.N.G diese Einschätzung?

Westermann: Man muss da differenzieren. Ich finde es schon problematisch wenn man in eine Tankstelle einbricht, um Tabak oder Alkohol rauszuholen. In so einem Fall würde ich auch sagen: Leute, hier ist die Grenze, so was geht nicht. Es gibt aber andere Situationen. Wenn etwa die Menschen in Argentinien, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind, Supermärkte plündern, dann würde ich das durchaus als legitim bezeichnen. In Strasbourg war es eben auch so, dass zum Teil unorganisierte Leute dabei waren. Deren Verhalten kann man eben nicht immer kontrollieren.

Braun: Das ist mir zu einfach. Der Tankstellenpächter hatte diese Tankstelle vor sechs Wochen angemietet. Er hat sich verschuldet, nun ist seine

Existenz vernichtet. Ähnlich war es bei der abgepackelten Apotheke. Das sind Aktionen von pubertären männlichen Jugendlichen. Die kann man doch nicht vergleichen mit Tausenden Menschen in Argentinien, die hungern und einen Supermarkt ausräumen. Und natürlich müssen Absprachen auch kontrolliert werden.

Können Sie diese Argumentation nachvollziehen?

Westermann: Nur teilweise. Grundsätzlich denke ich nicht, dass man Proteste in friedlich und militant unterteilen sollte. Die Blockaden gegen die Atommülltransporte in Gorleben und auch beim G-8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm haben doch gezeigt, dass es möglich ist, wenn verschiedene Aktionsformen gleichberechtigt nebeneinander existieren. Das Problem sind auch nicht Militanz oder schwarze Blöcke, sondern eher das Gegenteil. Die Deutschen – um mal Lenin zu zitieren – lösen eben zunächst erst einmal eine Bahnsteigkarte, bevor sie den Bahnsteig besetzen. Aus meiner Zeit als Betriebsrätin kann ich mich noch an Gewerkschaftsfunktionäre erinnern, deren größte Sorge war, dass entlassene Arbeiter die Innenstadt kurz und klein schlagen könnten. Anderswo ist man da viel gelassener. Die Proteste gegen Werkschließungen in Frankreich sind da ein Beispiel. Das waren keine pubertierenden Jugendliche oder Vandalen, sondern Leute, die da zum Teil 30 Jahre gearbeitet haben.

Ist es nicht ein Unterschied, ob – wie in Frankreich – einige Mitarbeiter ein paar Manager als Geiseln nehmen und das Verwaltungsbüro ihres Arbeitgebers, der sie auf die Straße gesetzt hat, demolieren, oder ob einfach die nächstbeste Glasscheibe kaputtgeschlagen wird?

Braun: Genau das ist ja meine Kritik. Man nimmt in Kauf, dass Leute geschädigt werden, die ja eigentlich Verbündete sind.

Westermann: Ich kann das nur wiederholen. Für uns ist klar, dass keine kleinen Autos oder Geschäfte angegriffen werden dürfen. Wenn überhaupt, dann geht es nur um große Ladenketten. Andererseits werden wir mit diesen reinen Latschdemos auch nichts erreichen. Ich will jedenfalls militante Aktionen nicht von vornherein ausschließen.

Braun: Natürlich sind verschiedene Aktionsformen berechtigt. Aber es muss ein Zusammenhang zwischen unseren Aktionen und dem Ziel, für das wir kämpfen, zu erkennen sein. Ich habe im Strasbourg Anti-Nato-Camp mit Leuten, die sich als Autonome bezeichnet haben, diskutiert und ich war schon ziemlich geschockt über deren Ansichten. Die einzige Politikantwort war der Pflasterstein, und das kann es nicht sein.

Wie lautet denn die Antwort der Friedensbewegung auf die zunehmende Militarisierung der Außenpolitik?

Braun: Wenn wir etwas verändern wollen, brauchen wir die Unterstützung von Millionen Menschen. Und aus diesem Ansatz resultiert auch mei-

ne Hauptkritik an bestimmten Formen der Militanz. Die führt dazu, dass nur kleine Gruppen, übrigbleiben und diese lassen sich relativ einfach zerschlagen. Im übrigen: Jene Aktionen, die ihr beschreibt, ich nenne sie mal »positive militante Aktionen«, können nur erfolgreich sein, wenn sie Schutz von anderen Menschen bekommen. Und diese Aktivisten, ich wiederhole es noch einmal, könnt ihr nicht in Geiselhaft nehmen.

Westermann: Also ich finde das Wort »Geiselhaft« in diesem Zusammenhang vollkommen unpassend. Es war doch wohl eher so, dass die Polizei die Demonstranten als Geiseln genommen hat. Allein durch die Tränengasgranaten, die permanent auf die Menschen geflogen sind. Und natürlich wehrt man sich dagegen. Die Steine, die in Strasbourg flogen, waren eine Reaktion auf die Provokationen der Polizei.

Braun: Jetzt verharmlost ihr das Verhalten bestimmter schwarz gekleideter Personen, die sich unter die Demonstrierenden gemischt haben. Ihr müsst schon zur Kenntnis nehmen, dass es individuelle Gewaltakte aus der Demo heraus gegeben hat. Und die Steine sind eben nicht nur gegen die Polizei geflogen, sondern haben auch andere Demonstranten getroffen.

Ist angesichts der unterschiedlichen Vorstellungen von Widerstand künftig überhaupt ein Bündnis aus Autonomen und Friedensbewegung möglich?

Braun: Ich gebe zu, dass bei uns darüber gestritten wird, ob es mit den so genannten Linksradikalen noch gemeinsame Aktionen geben kann. Ich will ein Bündnis mit diesen Gruppen. Doch über bestimmte Verhaltensformen müssen wir diskutieren.

Westermann: Ich habe ein Problem damit, wenn Leute aus der Friedensbewegung von uns fordern, wir sollten dieses und jenes tun. Davon abgesehen sind wir natürlich zu Gesprächen bereit. Doch ich denke, auch bei euch besteht noch Diskussionsbedarf. Für uns ist es beispielsweise nicht akzeptabel, wenn Grünen-Politiker auf Friedensdemos als Vermittler agieren...

... Sie spielen auf Strasbourg an, wo der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele vor Ort mit der Polizei verhandelt hat.

Westermann: Genau. Für viele Leute aus unserem Spektrum ist so etwas undenkbar. Zwischen uns und den Grünen gab es Prügeleien auf Demonstrationen, weil die uns angegriffen haben, nachdem wir vom Lautsprecherwagen aus den Jugoslawien-Krieg thematisiert haben, für den diese Partei gestimmt hat. Da sind übrigens die Grünen militant geworden; die wollten den Lautsprecherwagen stürmen.

Braun: Ich bin gerne bereit, über Bündnisstrategien, linke Sozialdemokratie und Grüne zu diskutieren. Ströbele beispielsweise ist ein Gegner sowohl des Jugoslawien- als auch des Afghanistan-Krieges. Auch die Grüne Jugend und die Jungsozialisten ha-

ben sich in einer sehr kritischen Erklärung zur Nato geäußert. Die wollen wir nicht ausschließen, *Wenn Sie sich nicht einmal über mögliche Bündnispartner einigen können, wie wollen sie dann künftige Proteste gemeinsam organisieren?*

Braun: Wichtig ist, dass viele Menschen mitmachen. Das erreichen wir nur durch eine sinnvollen Zusammenarbeit der unterschiedlichen Gruppen. Dabei müssen sich alle Organisationen innerhalb des Bündnisses gleichberechtigt wiederfinden. Wichtig ist auch, dass die Hürde, an einer Demonstration teilzunehmen, nicht zu hoch ist. Ich möchte, dass Leute auch spontan zu Demos gehen können, ohne Angst zu haben, plötzlich in Gewalttätigkeiten involviert zu werden.

Westermann: Der eigentliche Grund, warum viele Menschen nicht mehr spontan zu Protestveranstaltungen gehen, ist doch nicht der schwarze Block, sondern die immer stärkere Einschränkung des Demonstrationsrechts. Darüber haben wir ja bisher noch gar nicht gesprochen. Transparente, die länger als 1,50 Meter dürfen nicht mehr getragen werden, man wird festgenommen, weil man ein Tuch um den Hals trägt und so weiter. Außerdem wird es für die Anmelder solcher Demos immer schwieriger, für die Einhaltung der ganzen polizeilichen Auflagen zu garantieren. Es ist dadurch nicht einfach, überhaupt jemanden zu finden, der eine solche Veranstaltung anmeldet. Darauf sollten wir uns konzentrieren.

Braun: Da stimme ich euch zu. Wir müssen selbstverständlich gemeinsam gegen diese repressiven Maßnahmen von Behörden und Polizei vorgehen. Strasbourg hat ja gezeigt, dass nicht nur Kriegseinsätze im Ausland, sondern auch undemokratisches Verhalten nach innen zunehmen. Und genau deshalb ist Solidarität unter den Demonstranten so wichtig.

Noch mal: Der Vorwurf aus der Friedensbewegung lautete ja, dass autonome Gruppen Absprachen innerhalb des Bündnisses nicht eingehalten haben.

Westermann: Ich muss das jetzt einfach mal so stehen lassen. Denn es ist natürlich schwer, sich zu etwas zu verhalten, was man nicht selber beobachtet hat. Außerdem sollte man nicht ganz außer acht lassen, dass sich auch Provokateure unter die Demonstranten mischen können. Das haben wir selber schon oft erlebt.

Braun: Provokateur ist ein gutes Stichwort. Um solche Leute rauszuhalten, brauchen wir ein funktionierendes Kontakt- und Ansprachesystem und auch eine Art Verhaltenskodex bei gemeinsamen Aktionen.

Wäre ein solcher Verhaltenskodex für die B.A.N.G. akzeptabel?

Westermann: Nichts gegen Absprachen im Vorfeld. Aber letztlich kommt es doch auf die Situation an. Wenn Wasserwerfer in eine Demonstration fahren, dann kann ich den Leuten doch nicht mit einem Verhaltenskodex kommen, so nach dem Mot-

to: Wir haben aber abgesprochen, dass wir uns geordnet zurückziehen. Es werden immer Menschen da sein, die sich weigern, vor der Polizei zurückzuweichen. Wenn der Rahmen so ist, wie die Absprachen getroffen wurden, okay. Aber wenn jetzt was passiert, das diesen Rahmen sprengt, dann ist sowas unmöglich. Wir können für unsere eigene Gruppe Verantwortung übernehmen, aber nicht für Leute aus dem autonomen Block einer Demonstration, die vielleicht aus einer ganz anderen Stadt oder aus einem ganz anderen Zusammenhang kommen.

Braun: Entschuldigung, aber da widerspreche ich. Ein Verhaltenskodex muss sich ja in der Krise bewähren. Gerade in der schwierigen Situation muß man überlegen, wie man gemeinsam damit umgeht. Wenn alles Friede, Freude, Eierkuchen ist, brauche ich keinen Verhaltenskodex.

Macht es sich die B.A.N.G. nicht tatsächlich zu einfach? Wenn Demonstrationsleitung und vorbereitende Gruppen es den Kräfteverhältnissen vor Ort überlassen, in welche Richtung die Demonstration geht, öffnen sie nicht nur Provokateuren Tür und Tor. Sie überlassen es auch irgendwelchen Halbstarken, das Bild der Demo zu bestimmen. Ist so eine Einstellung nicht ein Offenbarungseid für jedes Bündnis?

Westermann: Ich denke nicht. Wir sind schon in der Lage, Provokateure zu erkennen und die dann auch aus der Demo rauszuschmeißen. Das hat sich in der Vergangenheit gezeigt. Und außerdem: Was nützen 20.000 friedliche, aber hilflose Demonstranten, die keiner wahrnimmt? Gerade in Strasbourg hat man ja gesehen, dass es das Ziel war, die Proteste möglichst wenig sichtbar werden zu lassen.

Aber die bloße Wahrnehmung kann doch nicht das Ziel sein. Es geht darum, wie man wahrgenommen wird. Und in den bürgerlichen Medien sah man nur brennende Häuser und schwarz gekleidete Jugendliche, die randalierend durch die Stadt ziehen. War es nicht so, dass ganz erfolgreich versucht wurde, die Angst vor den Demonstranten größer werden zu lassen als die vor Kriegseinsätzen, gegen die sich die Proteste gerichtet hatten?

Braun: Ich denke auch, es ist eine Fehleinschätzung, dass man Steine braucht, um wahrgenommen zu werden. Wir hatten in den Medien und der internationalen Öffentlichkeit eine riesige positive Resonanz bis weit in den Freitag hinein, sogar noch bis in den Samstag. Auf dem Kundgebungsplatz waren zwölf Kamerateams aus ganz Europa und den USA. Die waren alle weg, als die Gebäude brannten und haben nicht mehr über die Kundgebung berichtet. Die Kritik an der Nato spielte plötzlich keine Rolle mehr, statt dessen wurden die bekannten

Bilder gesendet. Und deswegen werfe ich jenen, die diesen Unsinn angerichtet haben, vor, dass sie für eine Wahrnehmung gesorgt haben, die unserem Anliegen schadet.

Wurden die Ereignisse in Strasbourg in der linksradikalen Szene überhaupt thematisiert?

Westermann: Ja, natürlich. Und das nicht zum ersten Mal. Die Debatte gab es ganz stark auch schon nach dem G-8-Treffen in Heiligendamm. Da gab es auch große Kontroversen, vor allem um solche Distanzierungen, die es von anderen Organisationen vor der Presse gab. Das ist bei den Autonomen nicht gut angekommen, dass in der Öffentlichkeit die gesamte »Schuld« auf die Black-Block-Leute geschoben wurde.

Nun gibt es tatsächlich genügend Beispiele dafür, dass in der Vergangenheit die Gewalt nicht von Autonomen, sondern von verkleideten agents provocateurs der Polizei ausging.

Braun: Das ist richtig. Wenn man heute die Bilder aus Strasbourg sieht, kann man direkt nachweisen, dass es ein Zusammenspiel zwischen Provokateuren und der Polizei gab. Wir haben Bilder, wo schwarz gekleidete Beamte aus Polizeifahrzeugen aussteigen und sich unter die Demonstranten mischen. Trotzdem können es sich zumindest Teile des linksradikalen Spektrums nicht so einfach machen und eigene Fehler ignorieren. Auch hier ist eine selbstkritische Aufarbeitung dringend geboten. *Strasbourg ist Vergangenheit. Wie geht es weiter?*

Westermann: Wir werden weiter zu Anti-Nato-Protesten mobilisieren und gegen die Kriegspolitik der Bundeswehr protestieren. Ein künftiger Schwerpunkt für uns ist die zunehmende militaristische Forschung an den Universitäten.

Braun: Wir haben drei Schwerpunkte: Zunächst arbeiten wir als internationales Koordinierungsgremium gegen Nato und Krieg weiter. 2010 gibt es die nächste große offizielle Nato-Konferenz in Portugal. Wir werden uns mit unseren portugiesischen Freunden Aktionen zu diesem Treffen des Militärbündnisses überlegen. Ich denke, dass wir auch im Herbst zu weiteren Afghanistan-Aktionen kommen müssen. Und wir müssen – und da ist dieses Gespräch ein ganz kleiner Teil davon – Fragen, Schwächen und Probleme, die es bei vergangenen Aktionen gegeben hat, diskutieren. Wir werden auch beleuchten, dass sich die Regierungen Frankreichs und Deutschlands einen Dreck darum scherten, was in ihren Verfassungen steht. Wir werden zusammenstellen, wo die Staatsmacht gegen Gesetze verstoßen hat. Es gibt da mehr als genug Material. Und das werden wir bis dahin gemeinsam mit unseren französischen Freunden an die Öffentlichkeit bringen.